

Die Staatsministerin

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR KULTUS  
Postfach 10 09 10 | 01079 Dresden

Sächsischer Landtag  
Vorsitzender des Ausschusses für Schule und Sport  
Herrn Patrick Schreiber, MdL  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

**Aktenzeichen  
(bitte bei Antwort angeben)**  
32-0141.50-60/889/2

Dresden,  
27. Februar 2015

**Antrag der Fraktion DIE LINKE**

**Drs.-Nr.: 6/889**

**Thema: Schule demokratisieren und politische Bildung stärken**

**Der Landtag möge beschließen:  
Die Staatsregierung wird aufgefordert,**

**zur Weiterentwicklung der Schule zu einem demokratisch strukturierten  
Lern- und Lebensraum**

- **Demokratie als Strukturprinzip des Unterrichts in Formen kooperativen und selbständigen Lernens, beiden denen der/die Lehrer/-in weniger als Wissensvermittler/-in und weitaus mehr als Lernbegleiter/-in und Moderator/-in fungiert, zu verankern;**
- **Projektwochen zu schulinternen oder schulexternen politischen Themen zu initiieren;**
- **den „Erlass zur politischen Werbung an Schulen“ aufzuheben und sicher zu stellen, dass die Schulen zeitnah vor Wahlen Informations- und Diskussionsrunden mit Abgeordneten, Bewerbern und Vertretern von Parteien, Wählergemeinschaften und anderen politischen Organisationen veranstalten können, um dem Informationsbedürfnis der Schülerinnen und -schüler nachzukommen;**
- **Schulen für Jugendverbände und zivilgesellschaftliche Institutionen zu öffnen und**
- **Schülerinnen und Schüler mittels geeigneter Maßnahmen an die Schülermitwirkung heranzuführen und dafür zu qualifizieren.**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung nehme ich zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Die Schule in Sachsen ist ein demokratisch strukturierter Lern- und Lebensraum, was sich auch in den Erziehungs- und Bildungszielen widerspiegelt. Im § 1 Abs. 2 des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen heißt es dazu:

„Die schulische Bildung soll zur Entfaltung der Persönlichkeit der Schüler in der Gemeinschaft beitragen. Diesen Auftrag erfüllt die Schule, indem sie den Schülern insbesondere anknüpfend an die christliche Tradition im europäischen Kulturkreis Werte wie Ehrfurcht vor allem Lebendigen, Nächstenliebe, Frieden und Erhaltung der Umwelt, Heimatliebe, sittliches und politisches Verantwortungsbewusstsein, Gerechtigkeit und Achtung vor der Überzeugung des anderen, berufliches Können, soziales Handeln und freiheitliche demokratische Haltung vermittelt, die zur Lebensorientierung und Persönlichkeitsentwicklung sinnstiftend beitragen und sie zur selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Anwendung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten führt und die Freude an einem lebenslangen Lernen weckt.“

Die Grundsätze, Demokratie in der Schule erlebbar zu gestalten und Schülerinnen und Schülern unterschiedliche Formen der Partizipation zu ermöglichen, sind wichtige Beiträge der Prävention etwa gegen Politikverdrossenheit. Vor diesem Hintergrund kommt dem Einsatz verschiedener Methoden im Unterricht, der Kooperation mit außerschulischen Partnern und der Einbeziehung alternativer Lernorte eine große Bedeutung zu. Demokratische Werte werden in der sachlichen Auseinandersetzung, durch problemorientierte, lebensnahe Aufgabenstellungen und einen offenen Diskurs erfahrbar.

Die Mitwirkung von Schülern und Eltern an der Gestaltung des schulischen Lebens von der einzelnen Schule bis auf die Landesebene sind im Schulgesetz geregelt. Durch die Ausbildung und das Wirken von Eltern- und Schülermitwirkungsmoderatoren werden diese Regelungen unterstützt.

Viele Schulen veranstalten Projektwochen zum Thema Demokratie, die sie auch mit externen Partnern (u. a. zivilgesellschaftliche Institutionen) gestalten. Darüber hinaus finden zahlreiche Wettbewerbe zur demokratischen Bildung statt, in denen Schülerinnen und Schüler eigene Projekte vorstellen und weiterentwickeln können.

Im Kontext der Demokratieerziehung gibt es weitere Angebote für Schulen, auf die diese im Rahmen des Unterstützungssystems Schulentwicklung zurückgreifen können. Dazu zählen die „Berater für Demokratiepädagogik“, die im Zuge des Schulversuches „Schule und Unterricht demokratisch gestalten“ ausgebildet worden und schulintern, regional und überregional in der Fortbildung tätig sind. Inhaltlich arbeiten sie an der Ausbildung und Förderung demokratischer Handlungskompetenzen der Schüler und unterstützen Schulen bei der Fortentwicklung einer demokratischen Schulkultur. Zu den Angeboten gehören: Fortbildungen und Informationsveranstaltungen zu demokratisch-pädagogischen Themen, Trainingseinheiten für Lehrkräfte, Schüler und Eltern, Beratung der Schulen zu Fragen der Demokratie als Lebensform an der Schule sowie die Gestaltung pädagogischer Tage.

Der „Erlass zur politischen Werbung an Schulen“ vom 11. Februar 1999 beschränkt sich lediglich auf den Vorwahlkampfzeitraum (zwölf Wochen vor dem jeweiligen Wahltermin) zur Wahrnehmung des Neutralitätsgebotes an Schulen.

Mit freundlichen Grüßen

Brunhild Kurth

Seite 2 von 2